

Herr  
Georg Schmidt  
Sekretariat Justiz- und Sicherheitskommission  
Postfach  
4410 Liestal

08.11.2016

**Vernehmlassungsantwort zur Parlamentarischen Initiative 2015/400 (Aufhebung der Amtszeitbeschränkung)**

Sehr geehrter Herr Schmidt

Die Grünen-Unabhängigen danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend der Parlamentarischen Initiative zur Aufhebung der Amtszeitbeschränkung und kommen nach eingehender Prüfung zu folgendem Schluss: **Das Begehren der Parlamentarischen Initiative wird dezidiert abgelehnt.**

**Begründung**

Das Argument der Initiantinnen und Initianten, dass eine wirkungsvolle Parlamentsarbeit durch die Beschränkung auf maximal vier Amtsperioden vermindert wird, anerkennen die Grünen-Unabhängigen. Gleichwohl sehen wir aber mehr Vorteile durch eine Beibehaltung der Amtszeitbeschränkung auf 16 Jahre. Zum einen ist dadurch besser gewährleistet, dass neuen und jungen Politiker/-innen der Weg in den politischen Alltag erleichtert wird. Zum anderen ist gerade die „Amtsmüdigkeit“ bei Parlamentarier/-innen, die bereits drei oder vier Legislaturen bestritten haben, eine reelles Thema.

Ein gut organisiertes Parlament soll nicht während Jahrzehnten von denselben Personen dominiert werden. Es ist wichtig auch neue Politiker/-innen zu fördern.

Zwischen den Landratswahlen und dem Amtsantritt liegen rund fünf Monate. Werden die designierten Landräte während dieser Zeit gut vorbereitet und in die internen Abläufe des Parlamentsbetriebes eingearbeitet, kann die Eingewöhnungszeit verkürzt und Leerläufe vermieden werden. Eine wichtige Funktion kann dabei die Landeskanzlei einnehmen, welche den neuen Landrätinnen und Landräten zum Beispiel die politischen Prozesse an Pflichtveranstaltungen aufzeigt. Selbst wenn zu Beginn der neuen Legislatur gewisse „Anlaufschwierigkeiten“ auftreten, nehmen die Grünen-Unabhängigen dies gerne in Kauf, wenn dadurch eine stärkere Verjüngung im Landrat gesichert werden kann.

Das Argument, das Stimmvolk würde durch die Urnenwahl entscheiden, wer gewählt wird und es deshalb die Amtszeitbeschränkung nicht braucht, ist unsinnig. In der Regel werden diejenigen Personen gewählt, die auf der Liste weit oben stehen. Ebenso haben „bisherige“ Amtsträger einen deutlichen Vorteil.

Die Grünen-Unabhängigen begrüßen hingegen eine Amtszeitbeschränkung auf drei Legislaturen zu je 5 Jahren. Dadurch könnten die Politiker ein Jahr länger Sachpolitik betreiben und müssten erst später sich

um eine allfällige Wiederwahl kümmern. Damit wäre gewährleistet, dass pro Legislatur mehr Zeit in die politische Arbeit investiert werden kann. Kleinere Parteien, bei denen die Mandatsträger/-innen den Wahlkampf selber machen, könnten so Ressourcen einsparen.

Freundliche Grüsse

Saskia Olsson, Vorstand Grüne Unabhängige